

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckmittelpunkt: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Für die Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M.
Die einpaltige 12 mm breite Zeile 6,- M. (für Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, Ispaltige An- u. Verkäufe 25,- M., Vorzugspalte laut Tarif. Zusätzl. Aufträge geg. Vorauszahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 1 M.

Vertheilung und Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Leopold & Neichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung (Dresdener Nachr.) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

PIANOS **Wolfframm** **FLÜGEL**
Weltmarke. Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18. Weltmarke.

Fortschreitender Pessimismus über Genua.

Frankreichs Furcht vor Englands Annäherung an Deutschland.

Paris, 8. Mai. Die Sonderberichterstatter der Pariser Blätter senden auch heute pessimistisch gefärbte Berichte. Am pessimistischsten äußert sich der Berichterstatter des „Petit Parisien“. Er stellt fest, wie die Dinge jetzt lägen, müßte man einen Bruch zwischen England und Frankreich erwarten, der wenigstens für eine gewisse Zeit dem ein Ende bereite, was man die französische Entente nennt. Die Lage habe sich gestern infolgedessen geändert, als ein Vertagungsantrag der Polen abgelehnt worden sei. Die englische Delegation habe sich ihm formell entgegengestellt. Die französische Delegation werde sich nach Ansicht des Berichterstatters auf keine Verhandlungen einlassen, da sie das Memorandum an Rußland als ein Ultimatum ansieht. Wenn England, so folgt von Italien und anderen Mächten, anders denke, so sei zu befürchten, daß Frankreich sich von der Konferenz zurückziehe, und daß der Bruch da sei. Diese Aussicht hätte, was die englische Politik betreffe, eine doppelte Folge. In erster Linie dürfe England mitteilen, daß es sich von seinen eigenen Alliierten trenne. Es würde auf einige Zeit sich auf seine Insel zurückziehen, aber in zweiter Linie werde es wahrscheinlich mit einigen von den kontinentalen Mächten abzusprechen.

Nach dieser Richtung sprechen gewisse Leute eine übertriebene Bedeutung den Unterredungen zu, die Lord George hierher gebracht hat, namentlich gestern mit Dr. Birch und Dr. Rathenau. Es sei sicher, daß in der Umgebung des englischen Premierministers gewisse konservative Staatsmänner, namentlich Lord Birkenhead, die Annäherung an Deutschland predigen. Mit einem Wort, nachdem England seine Handlungsfreiheit wieder hat, wird es sich das Recht vorbehalten, auf dem Kontinent diplomatische Konventionen abzuschließen, die sich von den alten unterscheiden. In alledem liegt ein dramatisches Element, das nicht weit davon entfernt ist, peinlich zu sein. Nicht ein Interessenkonflikt habe nach Ansicht des Berichterstatters den geführt, sondern ein Mißverständnis. Ein Mißverständnis der Franzosen habe England Alliierten unterworfen, die es nicht ist. Aber ein noch ernsteres Mißverständnis herrsche auf englischer Seite. Die Engländer bildeten sich ein, Poincaré sei der Aufrechterhaltung der Entente schuldhaft gegenüber und Frankreich jenseit der englischen Allianz dienlich mit Belgien vor. Es scheine, daß diese Mißverständnisse nicht beseitigt werden können, bevor es zu spät sei. (W. F. B.)

Theunis über mangelndes Vertrauen.

Paris, 8. Mai. Der belgische Ministerpräsident Theunis erklärte gestern einem Redakteur des „Matin“ in Brüssel, er habe niemals geglaubt, daß die Konferenz von Genua alles regeln und alles in Ordnung bringen könnte. Aber, fuhr er fort, ich habe gehofft, daß sie etwas Kostbares wiederbringen könnte: das Vertrauen. Ich befürchte sehr, daß dieses Vertrauen heute noch fern ist. Welches Vertrauen sollen Sie haben, wenn in einer Angelegenheit Leute zu Ihnen kommen, um von Ihnen Geld zu leihen, aber sich weigern, das zurückzugeben, was Sie von ihnen besitzen? Im Laufe der Unterredung äußerte der Ministerpräsident weiter, er habe auch Zustimmung aus der Schweiz und aus Holland bekommen, und er sei sicher, daß Staatssekretär Hughes genau so gehandelt hätte, wie er. (W. F. B.)

Andauernde Besprechungen mit der deutschen Delegation.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 8. Mai. Der Reichskanzler Dr. Wirth und Minister Rathenau hatten gestern Lord George wieder einen Besuch ab, bei dem eine mehrstündige Unterredung stattfand. Heute vormittag waren die Mächte beim Reichskanzler. Wann der Reichskanzler nach Berlin zurückkehren wird, steht noch nicht fest. Es hängt das von den Unterredungen ab, die sehr oft tagtäglich stattfinden. Unter solchen Umständen war es bisher noch nicht möglich, einen Termin für die Rückkehr nach Berlin festzusetzen. Wenn Finanzminister Dr. Hermes nach Paris fährt, steht jetzt noch nicht fest. Es kann seine Rede davon sein, daß die Hilfe aufgegeben ist. Sie erfolgt auch im vollen Einverständnis mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Ueber die Unterhaltung des Reichskanzlers mit Lord George bringt die italienische Presse mehrere Mitteilungen, über die hier eine Besichtigung nicht zu erlangen ist. Jedenfalls handelt es sich jetzt in erster Linie um die Hülfenfrage.

„Echo de Paris“ behauptet, es sei zwischen Lord George, Dr. Wirth und Dr. Rathenau über die Wiederaufmachungsfrage und ihre möglichen Folgen nach dem 31. Mai gesprochen worden, und man wolle wissen, daß Lord George, wenn Frankreich im Juni eine eigenmächtige Aktion versuchen sollte, darauf sofort mit einem deutsch-englischen Sonderabkommen zu erwidern entschlossen sei. Die Antwort der Russen wird morgen erwartet. Der erste Reichstag ist bereits vergangene Nacht aus Moskau telegraphisch eingetroffen. Er lautet bezüglich des Artikels I, der Sowjetrußland die Propaganda verbietet, der die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die Neutralität in Kleinasien fordert, so gut wie ablehnend.

Italien als Vermittler.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Rom, 8. Mai. Wie die italienischen Blätter melden, bemüht sich der italienische Außenminister wiederum mit großem Eifer und Geschick, eine Verständigung zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Vor allem hatte er eine längere Unterredung mit Tschitscherin, der ausländischen Bevollmächtigten in Rom, die sich in wiederholte die bereits gegen Lord George erhobenen Zweifel und Wünsche. Schaner richtete eine eindringliche Warnung an den russischen Delegierten, den er darauf aufmerksam machte, daß die Konferenzstaaten mit den Bedingungen des Memorandums die äußerste Grenze ihres Entgegenkommens für Rußland erreicht hätten. Mehr dürfe die Sowjetregierung nicht erhoffen, da sich die Alliierten und Neutralen nur mit äußerster Mühe bereit finden ließen, in die diplomatische Formel des Memorandums einzuwilligen. Die Möglichkeit, von den Regierungen Vorrechte für Rußland zu erhalten, ist für Schaner von vornehmlich aus und verwies nachdrücklich auf die Vorteile der von den Alliierten dem russischen Dandel versprochenen Hilfe, wodurch für diesen ein sehr erheblicher auch begrenzte private Vorkredite aufgebracht werden könnten.

Keine Illusionen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Paris, 8. Mai. In der Unterredung zwischen Parthou und Lord George, welche das „Echo de Paris“ noch mitteilt, sprach Lord George mit der Wärme und dem Ausdruck eines Mannes, dem irgend etwas Unangenehmes geschehen sei. Er sagte nur, es sei zu spät, jetzt nur vermitteln zu wollen; denn die Entscheidung über die Hülfen sei abgehandelt und man könne nichts daran ändern. Jetzt müßte man die Antwort des Reichskanzlers abwarten, die sich nicht sehr günstig anfühle. Lord George habe dann hinzugefügt, man dürfe sich keinen Illusionen mehr hingeben, er glaube nicht, daß die Konferenz sich noch erholen könne. Das sei der Sinn einer Politik, die in England als eine Existenzfrage betrachtet werde.

Der entmutigte Lord George.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Genua, 8. Mai. Ueber die neue Krise auf der Konferenz von Genua vermittelte der diplomatische Mitarbeiter des „Corriere della Sera“, Lord George sei von der letzten Unterredung mit dem russischen Delegierten durch ihre Unannehmlichkeit sehr entmutigt worden, so daß er an der Möglichkeit einer Verständigung zu zweifeln beginne und seinen Vertrieben die Absicht seiner sofortigen Abreise nach London nicht verhehle.

Belgien als Vorspann für die französische Politik.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Brüssel, 8. Mai. Aus halbamtlicher englischer Quelle erfahren wir, daß die Informationen, welche an amtlichen belgischen Stellen zu erhalten sind, den Eindruck verstärken, daß Belgien als Vorspann der Politik Poincarés diene. Die Sanktionspläne, die unter Umständen im Juni vorzunehmen werden sollen, sind mit der belgischen Regierung beraten und Belgien soll eine sehr bedeutende Rolle dabei spielen, um Frankreichs Leistungen abzuschwächen.

Paris, 8. Mai. Der Brüsseler „Soleil“ veröffentlicht ein Interview seines Berichterstatters in Genua mit dem belgischen Außenminister Javary, in dem der letztere erklärt, Belgien werde unaufgehaltlich auf seinem Standpunkt beharren, der Meinungsverschiedenheiten zwischen Belgien und gewissen Verbänden hervorgerufen habe.

Warschauer Kriegsgerichte.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Warschau, 8. Mai. Die Frage „Krieg oder Frieden?“ ist in Polen eine der Tagesfragen. Die „Nocny Polak“ nimmt die Frage zum Anlaß, um sich gegen die Kriegsgerichte zu wenden. Aus den Gegenden an der Ostgrenze kommen Berichte über die Ungültigkeitserklärung wichtiger Handelsverträge. Die Kaufleute leugnen ihre Aufträge nicht mehr ab, und es fällt ein erster Schatte auf das ganze Wirtschaftsleben. Das Blatt versucht, diese Furcht zu beseitigen durch geschickte Auslassungen an die Adresse Deutschlands und Rußlands. Das Blatt erklärt den Antrag der Entwaffnungskommission auf Verminderung der polnischen Armee auf 120 000 Mann für unannehmbar und fordert eine Minimalstärke für Polen von 275 000 Mann. Auch die polnischen Militärkreise haben die Lage als gespannt hinzustellen und haben die Verurteilung der Jahreskassen 1899 und 1900 bis zum Sommer oder Herbst 1922 hinausschieben.

Berlin, 8. Mai. Ein Danziger Polenblatt bringt die Ermordung Stenczynski in Verbindung mit einer angeblichen deutschen Aktion, die die Regierung hinter sich haben soll. Es wird dabei Bezug genommen auf ein Schreiben des preussischen Ministers des Innern, in welchem die Ueberwindung Stenczynski angeordnet wird. Ein solches Schreiben existiert nicht.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Berlin, 8. Mai. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat sich im April weiter fortgesetzt. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im April auf 3175 (früher auf 3230) gegenüber 1913/14 gestiegen. Der Vergleich mit dem Vormonat ist diesmal nicht ohne weiteres gegeben, da nach den Reichsstatistiken der statistischen Ämter wesentliche Änderungen in der Berechnung der Lebenshaltungskosten für April eintreten mußten, die auch eine Neuberechnung der Grundzahlen für 1913/14 nötig machten. Zugleich ist auch die Zahl der für die Berechnung der Reichsindexziffer herangezogenen Gemeinden von 18 auf 71 erhöht und eine neue Wägung der Feuerungsabgaben der 71 „Bildungs“-Gemeinden vorgenommen worden, die den kleineren Städten ein angemesseneres Gewicht bei der Berechnung der Reichsindexziffer gibt. Berechnet man die Reichsindexziffer nach der neuen Methode, so beträgt sie 2939 (gegenüber 3002 nach der alten Methode). Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt also von März auf April 20,5 v. H. Wenig härter als die Gesamtangaben sind die Ernährungsabgaben gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Ernährungsabgaben beträgt im Durchschnitt des Monats April 1922. Legt man auch hier für März die neuen Berechnungsvorschriften zugrunde, so ergibt sich für diesen Monat eine Ernährungsindexziffer von 3002 (gegenüber der alten von 3152). Die Kosten für die Ernährung sind im April im Reichsdurchschnitt vom März auf April um 20,9 v. H. gestiegen.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben mehr oder minder fast alle Lebensmittel beigetragen. Nur Eier und Spinat sind, der Jahreszeit entsprechend, überall etwas billiger geworden. Hier und dort zeigt sich auch ein geringes Nachlassen der Preise für Getreide (Weizen und Roggen) und Hülsen, ohne jedoch die Gesamtsumme der Nahrungsmittel auch dieser Lebensmittelpreise wesentlich zu beeinflussen. Rindfleisch und Schweinefleisch sind im ganzen um mehr als 25 v. H. gegen den Vormonat gestiegen, auch Kartoffeln haben weiter im Preise angezogen. Sehr bedeutend ist die Erhöhung der Preise für Brennstoffe, nicht nur für Kohlen und Bricketts, sondern auch für Holz und Torf. Dagegen sind die Gas- und Elektrizitätspreise ziemlich die gleichen geblieben. Wesentlich trug auch die Erhöhung der Zuschläge zu den Wohnungsrenten zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten bei. Im großen und ganzen zeigt diesmal die Teuerung in den größeren Städten einen stärkeren Steigerungsgrad als in den kleineren.

Das Produktionsprogramm der Landwirtschaft.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 8. Mai. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hörte in gemeinsamen Sitzungen mit dem Unterausschuss für Landwirtschaft und Ernährung die vom Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft bezeichneten Sachverständigen über einzelne Teile des Produktionsprogramms der deutschen Landwirtschaft. Es wurden Vorträge gehalten über Züchtungs- und Züchterzeugung, Maßnahmspläne der Produktionssteigerung auf dem Gebiete des Acker- und Pflanzenbaues, Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Kartoffelproduktion, volkswirtschaftliche Bedeutung des Kartoffelbaues und Mittel zur Steigerung der Erträge, Bedeutung des Vorkessens für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Versorgung der Bevölkerung, die landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Organisationen und der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern und Arbeitsdeckung in der Landwirtschaft. Eine Besprechung der Vorträge findet vorläufig im Unterausschuss für Landwirtschaft und Ernährung allein am 18., 19. und 20. dieses Monats statt.

Streikterror im Ruhrgebiet.

Dortmund, 8. Mai. Auf der Zeche Dorstfeld sind vor einigen Tagen die Bergarbeiter in den Streik getreten zum Protest gegen die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden, der sich an einem Vorgezeigten vergriffen hatte. Die Gewerkschaft verurteilt den Streik, und der Reichskommissar empfiehlt die Wiederaufnahme der Arbeit, sowie die Anrufung eines Schlichtungsausschusses. Die Belegschaft der Zeche Dorstfeld beharrt aber im Streik und, durch radikale Elemente beherzt, erklärte sich gestern die Belegschaft der Zeche Hermann, Wendenbühl und Kaiser Friedrich mit der Zeche Dorstfeld solidarisch und schloß sich der Streikbewegung an. Der Aufforderung der Gewerkschaftsführer, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist keine Folge gelehrt worden. Im Gegenteil wird in der unverantwortlichen Weise versucht, auch andere Zechen in Flammen zu setzen. So erschienen gestern etwa 20 Personen auf der Zeche Gottes Segen in Vöhringhausen, holten die Belegschaft gewalttätig aus der Grube heraus und legten den Betrieb still. Eine Schar Streikender zog am Nachmittag mit Musik zur Zeche in Wellinghofen, drang mit Gewalt auf den Sechensplan, besetzte sämtliche Betriebsgebäude und drohte, die Fördermaschinen zu zerstören. Die Bahrtreppe zum Förderstand wurde erbrochen, die Eingänge liegen in die Grube und holten die Vergeltung aus der oberen Sohle heraus, worauf der Betrieb stillgelegt wurde. Ein Teil der Uebeltäter zog mit Musik ab, um auf den Zechen Freier Vogel und Unverhofft in gleicher Weise vorzugehen.